

verwalten ihr Geld online.





# Politik

### LÄNDERSPIEGEL

# Krebs durch Radarstrahlen?

**Ex-Soldaten** werfen der Bundeswehr unterlassenen Schutz vor

Etwa 900 Soldaten waren Länderspiegel- Recherchen zufolge in den letzten drei Jahrzehnten von der überhöhten Strahlenbelastung betroffen



Von Beatrix Hardt, Redaktion Länderspiegel

Nach Recherchen der ZDF-Redaktion Länderspiegel waren Soldaten bei ihrer Tätigkeit an Radargeräten nachweisbar einer Röntgenstrahlung ausgesetzt, die weit über der zulässigen Dosis lag. Mögliche Folgen: lebensbedrohliche Krebserkrankungen. Die Bundeswehr - so der Vorwurf der Soldaten habe von der Gefahr gewusst, Schutzmaßnahmen aber jahrelang unterlassen.

Vollständige Meldung ♥

Nächste Meldung >

CE-MAIL Schreiben Sie eine eMail an den Länderspiegel

### **EIGENE MELDUNGEN**

CZDF.MSNBC Länderspiegel-Titelseite







28 | 56 | 110 | 300

Krebs durch Radar? ZDF-Bericht über die Vorwürfe von Ex-Soldaten gegen die Bundeswehr

Alle Videos im Überblick Download: Media Player

Dokumente und Unterlagen über Messwerte belegen, dass der Bundeswehr bereits seit Ende der 50er Jahre bekannt gewesen sein muss, dass die Fachkräfte an den Radarbodengeräten einer überhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt waren. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie, die das Bundesverteidigungsministerium bei der Universität Witten-Herdecke in Auftrag gegeben hat.

Sie erfasst 99 ehemalige Radarspezialisten mit erheblichen Gesundheitsproblemen. Laut Studie sind von den 99 Soldaten 69 an Krebs erkrankt, 24 davon inzwischen verstorben - im Schnitt im Alter von 40 Jahren. Selbst Anfang der 90er Jahre habe es noch deutliche Grenzwertüberschreitungen gegeben, zum Beispiel beim System Patriot.

#### **UNTER VERSCHLUSS**

Das Bundesverteidigungsministerium streitet die Existenz eines Abschlussberichtes ab. Man erwarte endgültige Ergebnisse erst 2002, heißt es dort. Und weiter: "Bisherige Zwischenergebnisse weisen darauf hin, dass ein gesundheitliches Gefährdungspotential nur im Rahmen eines Unfallgeschehens mit entsprechender Freisetzung von Strahlung gewertet werden kann."

Tatsächlich aber liegt der Endbericht der Studie längst vor - seit beinahe zwei Jahren - und werde von der Bundeswehr offenbar unter Verschluss gehalten. Denn die Gutachter haben eine Vielzahl ehemaliger Radartechniker ermittelt, deren Krebserkrankungen -Hirntumore, Leukämie, Lymphdrüsen- und Lungenkarzinome u.a. - mit der unzulässigen Strahlenbelastung in Verbindung gebracht werden können. Im Ergebnisbericht heißt es: "Im Resultat kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die gesetzlich festgelegten Sicherheitsgrenzwerte für (...) Strahlung überschritten wurde." Die betroffenen Soldaten wurden in ihrer Dienstzeit darüber weder informiert noch davor geschützt.

Peter Rasch

## KEIN EINZELSCHICKSAL



Einer davon ist Unteroffizier Peter Rasch, der als Zeitsoldat bei der Technischen Schule der Luftwaffe in Kaufbeuren stationiert war - als Radartechniker. In seiner Krankenakte aus den sechziger Jahren ist zu lesen: 39 mal war

Peter Rasch krank, und das in nur vier Jahren Dienstzeit:

Lungenentzündung, immer wieder Fieberanfälle, Probleme mit Magen und Luftröhre, Hautausschläge, Haarausfall, schließlich eine Nervenlähmung. Der Soldat wurde untersucht und behandelt, hat Schläuche geschluckt, wurde geröntgt und zu Fachärzten überwiesen - mit dem immer gleichen Ergebnis: Ursache unklar.

Nach seiner Entlassung besserte sich sein Gesundheitszustand zunächst; doch dann, vor sieben Jahren plötzlich die Diagnose: Lungenkrebs. Peter Rasch hatte Glück - die Chemotherapie schlug an; der Gesundheitszustand des 59-Jährigen ist stabil. Nur durch Zufall wurde der ehemalige Zeitsoldat darauf aufmerksam, dass eventuell die Radarstrahlen, denen er beim Luftwaffenstützpunkt ausgesetzt war, mit seiner Erkrankung in Verbindung gebracht werden könnten. Jetzt klagt Peter Rasch an: Die Bundeswehr habe ihr Radarpersonal jahrzehntelang gefährlicher Strahlung ausgesetzt - und das wissentlich.

Kein Einzelschicksal; etwa 900 Soldaten waren in den letzten drei Jahrzehnten von der überhöhten Strahlenbelastung betroffen. "Man wollte das den Soldaten nicht mitteilen, weil es sehr wahrscheinlich ist, dass sich dann ein Großteil der Soldaten hätte versetzen lassen wollen," erklärt Peter Rasch. Aber der Bundeswehr sei der Verteidigungsauftrag offenbar wichtiger gewesen als die Gesundheit ihrer Soldaten.

MESSBERICHTE BESTÄTIGEN VEDACHT

Heute hat Peter Rasch Dokumente in Händen, die seine Vorwurfe stützen: Das bayrische Landesinstitut für Arbeitsschutz hat bereits 1958 seinen Arbeitsplatz in Kaufbeuren auf Strahlung untersucht und einer zu hohe Belastung durch Röntgenstrahlen festgestellt. Schon damals wurden Warnhinweise und Bleiabschirmungen für Radargeräte dringend empfohlen. Auch der Strahlenmessbericht der Stellung Möhnsee aus dem Jahr 1992 ergab für die austretende Strahlung eine Grenzwertübertretung um das 15-fache - Konsequenzen sind bis heute nicht erfolgt.

Seit Jahren kämpfen ehemalige Radartechniker gegenüber der Bundeswehr um die Anerkennung der Wehrdienstbeschädigung - mit bislang geringem Erfolg. Die Tatsache, dass die Bundeswehr ihre Soldaten nicht ausreichend vor der Strahlenbelastung geschützt hat, wird ihnen auch heute noch zum Nachteil. Man versuche, sich um eine

"Sie haben gemessen, sie haben gewusst..., aber haben nichts getan. Also bin ich der Meinung, dass der Verteidigungsauftrag wichtiger ist als die Gesundheit der Soldaten"

- PETER RASCH Ex-Zeitsoldat der Technischern Schule der Luftwaffe in Kaufbeuren

Versorgungsleistung zu drücken, so Peter Rasch, die Bundeswehr übernehme keine Verantwortung im Strahlen-Skandal. Und nach deutschem Recht haben die Betroffenen einen schweren Stand: "Nach dem Gesetz ist der Geschädigte beweispflichtig", sagt Rasch. Aber für seine Dienstzeit könne er die geforderten Strahlenmesswerte nicht erbringen. Er habe bei seiner Arbeit am Radargerät kein Dosimeter getragen - und genauso gehe es den anderen auch.

#### **AUSMASS NOCH UNKLAR**

Wie viele junger Radartechniker während ihrer Tätigkeit bei der Bundeswehr insgesamt verstrahlt wurden, darüber lässt sich nur spekulieren. Allein die Studie der Universität Witten hat 99 Fälle aufgedeckt; die Dunkelziffer, deren Höhe die Personalämter der Bundeswehr erfasst haben müsste, dürfte weitaus höher sein. Auch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Oberst Bernhard Gertz, vermutet, "dass das Problem noch viel größer sein muss, als der bisher bekannte Personenkreis".

Offenbar habe die Bundeswehr sich bei der Erhebung der Studie nicht kooperativ gezeigt. Gleichzeitig kritisierte Gertz, dass die Bundeswehr das Arbeitsschutzgesetz - wie es für alle Arbeitnehmer in Deutschland gelte - für Soldaten noch immer nicht anwende.

14. Januar 2001

INTERNET LINKS



Titelseite | Überblick | Politik | Wirtschaft | Sport | Computer | Magazin | Wetter | TV-Tipp Suchen | Impressum | Hilfe | Service | E-Mail | Index | Werbung bei ZDF.MSNBC

Hilfe Service E-Mail